

Presseinformation

299/10

Sperrfrist 1. Oktober

Kiel, 30. September 2010

Antje Jansen und Heinz-Werner Jezewski zu Abschiebungshaft: „Haft ist unverhältnismäßig und unmenschlich. Abschiebungshaft muss abgeschafft werden!“

Kiel. Nach ihrem Besuch in der Abschiebungshaftanstalt Rendsburg bekräftigt DIE LINKE Landtagsfraktion ihre Forderung nach Abschaffung der Abschiebungshaft. Die Betroffenen würden mit der schärfsten Strafe des deutschen Rechtssystems belegt, dem Freiheitsentzug, obwohl sie keinen Rechtsbruch begangen hätten. Unbescholtene Menschen wie Schwerverbrecher einzusperren sei eine völlig unverhältnismäßige Praxis.

„Abschiebungshaft ist ein unverhältnismäßiger Freiheitsentzug, der vor allem Menschen trifft, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen. Es gibt immer wieder Verfahrensfehler, undurchführbare Rückschiebungen und Fälle, in denen die Menschen wieder aus der Haft entlassen werden müssen, was die Inhaftnahme letztendlich als unrechtmäßig outet“, sagt Heinz-Werner Jezewski. „DIE LINKE ist strikt gegen Abschiebungshaft und deshalb fordern wir von der schwarz-gelben Übergangsregierung eine Bundesratsinitiative zu deren Abschaffung. Wir werden einen entsprechenden Antrag in die kommende Landtagssitzung einbringen.“

Abschiebungshaft bedeute für die Menschen eine große psychische Belastung. „Flüchtlinge, die zum großen Teil schon traumatisiert und mit seelischen Wunden zu uns kommen, erfahren hier einen Teil der deutschen Asylgesetzgebung, der mit Recht als besonders inhuman bezeichnet werden kann“, sagt Antje Jansen, migrationspolitische Sprecherin der LINKEN. „Es erschließt sich keinesfalls, warum die Abschiebungshafteinrichtung wie ein Gefängnis organisiert ist. Wenn ihr einziger Zweck ist, die Menschen bis zu ihrer Abschiebung festzuhalten, dann müssten sie nicht wie Verbrecher in Zellen eingeschlossen werden. Im letzten Jahr waren in Schleswig-Holstein siebzehn so genannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Abschiebungshaft. Das ist ein Skandal! Minderjährige sollten vom Jugendamt in Obhut genommen und nicht hinter Gitter gesteckt werden, wie Straftäter.“